

# Der Friedensvertrag von Versailles und dessen Einfluss auf die politische Haltung der Hochschullehrer und der Studenten

Am 18. Januar 1919 begann in Versailles der Friedenskongress der Ententemächte. Deutschland wurde zu den Verhandlungen nicht eingeladen. Studenten und Lehrkräfte der Universität, von denen nicht wenige bis zuletzt an einen siegreichen Frieden geglaubt hatten, hofften nun wie die meisten Deutschen auf erträgliche Friedensbedingungen auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson.

In der Zeit der Verhandlungen in Versailles fanden eine Reihe von Kundgebungen der Studentenschaft statt, in denen die Hoffnungen an den Friedensvertrag deutlich wurden. Am 22.03. gab es eine Kundgebung zum Thema Völkerbund, in einer Kundgebung am 05.04. wurde der Anschluss Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich gefordert.

Als im März 1919 erste Details des Vertrages bekannt wurden und nach dessen vollständiger Veröffentlichung am 7. Mai wich die Hoffnung Enttäuschung und Zorn. Es waren vor allem die Feststellung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten mit den sich daraus ergebenden Reparationsleistungen an die Siegermächte sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen im Westen und Osten, die für Empörung sorgten. Auf einer Protestversammlung der Universität am 14. Mai nannte Rektor Kittel den Vertrag "Mordfrieden"; es wurde eine Resolution verabschiedet, in der der "Gewaltfrieden" als ungeheuerlicher Rechtsbruch angeprangert wurde. Die Universität beteiligte sich Ende Mai an der Ablehnung des Vertrages im "Protest aller deutschen Universitäten gegen den Gewaltfrieden".<sup>1</sup> Am 1. Juni wurden bei einer Feier zur Begrüßung der zurückgekehrten Kriegsteilnehmer diese als Helden verehrt.



Hermann Müller



Johannes Bell

Da die Einwände der deutschen Regierung gegen den Vertrag nur zu marginalen Änderungen führten, trat Reichskanzler Scheidemann am 20.06.1919 zurück. Am 22. Juni stimmte die Nationalversammlung mit Zweidrittelmehrheit für die Unterzeichnung des Vertrages. Sie befürchtete die Besetzung des Rheinlands durch Truppen der Siegermächte. Die Unterzeichnung erfolgte am 28. Juni 1919 unter Protest durch die Minister Müller (SPD) und Bell (Zentrum).

An der Universität kamen aus diesem Anlass Studenten und Dozenten zu einer Trauerkundgebung zusammen.<sup>2</sup> Der Versailler Vertrag trat nach der Ratifizierung am 20. Januar 1920 in Kraft.

Obwohl es in den folgenden Monaten an der Universität relativ ruhig blieb, bewegte sich die politische Stimmung nach rechts und die konservativen Kräfte unter den Studenten und dem Lehrkörper wurden gestärkt. Die Ablehnung des Versailler Vertrags weitete sich aus zur Stimmung gegen die republikanische Ordnung und begünstigte das Auftreten nationalsozialistischer Kräfte. In den Jahren nach 1923 wuchs vor allem der

# Einfluss des NS-Studentenbundes.

## Quellen

Schubert, A.: Die Universität Leipzig und die deutsche Revolution von 1918/19; in v.Hehl, U. (Hrsg.): Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur, Leipzig 2005, S.171 - 191

Krause, K.: Alma mater Lipsiensis Geschichte der Universität Leipzig von 1409 bis zur Gegenwart, Leipzig 2003, S. 243-247

Kittel, R.: Die Universität Leipzig im Jahr der Revolution 1918/19, Stuttgart 1930

<http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/14punkte/> eingesehen am 30.12.2007

[http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag\\_von\\_Versailles](http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensvertrag_von_Versailles) eingesehen am 30.12.2007

## Fußnoten

1 vgl. Schubert, A.: Die Universität Leipzig und die deutsche Revolution von 1918/19; S. 179

2 vgl. ebenda S. 175 u. 179